Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bel ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 28 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 3. Februar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Friedenskonferenz oder Kriegskonferenz?

Gewitter über Genf.

Auf der Weltabrüstungskonferenz in Genf treffen sich nach jahrelangen Vorbereitungen die Vertreter von 64 Staaten, um den Versuch zu machen, nicht nur das Wettrüsten zu beenden, sondern auch die vorhandenen Rüstungen wesentlich einzuschränken. Außer den moralischen Gründen sprechen für die Weltabrüstung auch vertraglich festgelegte Verpflichtungen. Sowohl der Versailler Vertrag wie der Völkerbundpakt fordern die Abrüstung. Der erstere nach Maßgabe der von Deutschland bereits vorgenommenen Entwaffnung. Um den berüchtigten Konventionsentwurf, den Deutschland mit Recht auf das schärfste ablehnt, werden im Lauf der nächsten Wochen und, wie zu befürchten ist, auch die nächsten Monate heftige Kämpfe entbrennen. Von ihrem Ausgang wird es abhängen, ob in der Abrüstungsfrage irgendwelche nennenswerte Fortschritte erzielt werden können.

Der Brand im Fernen Osten gibt der Konferenz eine eigenartige Beleuchtung, und der Geschützdonner um Nanking bietet ihr einen drohenden und warnenden Begrüßungssalut. Hoffentlich bereitet er ihr nicht ein vorzeitiges Ende und damit dem ganzen Völkerbundgedanken eine Niederlage, von der er sich kaum mehr erholen dürfte.

Der Auftakt zur Konferenz brachte gleich ein Gewitter, in dem sich die bis zur Hochspannung geladene Atmosphäre in Genf treffend kennzeichnet. Zwischen dem abrüstungsfreundlichen Präsidenten der Konferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, kam es zu Differenzen, die die gereizte Stimmung zeigen, in der anscheinend die Verhandlungen auch ihren weiteren Verlauf nehmen werden.

*

Von Abrüstung darf nicht gesprochen werden!

Die zensierte Eröffnungsrede.

Zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist es zu einer ernsten Meinungsverschiedenheit gekommen. Henderson hatte bereits in London seine Eröffnungsrede in allen Einzelheiten ausgearbeitet, in der ein allgemeines Programm der Aufgaben und der Ziele der Abrüstungskonferenz entwickelt wird. In der Rede wollte Henderson den entscheidenden Nachdruck auf die Ehrenverpflichtung aller Staaten legen, auf der Abrüstungskonferenz zu einer allgemeinen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen zu gelangen. Der Generalsekretär des Völkerbundes, dem der Entwurf der Rede vorgelegt worden war, hat jedoch auf das entschiedenste gegen die scharfe Formulierung Hendersons protestiert und die entscheidenden Teile der Rede herausgestrichen mit der Begründung, daß es nicht Aufgabe des Präsidenten der Abrüstungskommission sei, ein allgemeines Abrüstungsprogramm vor der Konferenz zu entwickeln.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, sah sich schließlich gezwungen, die vom Generalsekretär des Völkerbundes bearbeitete Fassung seiner Rede anzunehmen, die sich jetzt lediglich auf einige allgemeine Formulierungen beschränkt und damit an ihrer politischen Bedeutung außerordentlich eingebüßt hat!

Dieses Vorgehen des Generalsekretärs des Völkerbundes hat allgemeines Befremden ausgelöst, da man darin eine völlig unzulässige Einmischung des Völkerbundsekretariats in die Befugnisse des Präsidenten der Abrüstungskonferenz erblickt. Das Vorgehen des Generalsekretärs des Völkerbundes trage einen rein politischen Charakter und bezwecke offensichtlich, jede Festlegung der Abrüstungskonferenz durch die Rede des Präsidenten zu verhindern.

Verschiebung der Friedensrede.

Es wird zuviel geschossen in der Welt.

Infolge der alarmierenden Nachrichten, die sowohl das Völkerbundsekretariat wie auch einzelne Delegationen aus dem Osten bekommen hatten, wurde ganz unerwartet eine Sitzung des Völkerbundrates einberufen, um sich mit der bedrohlichen Lage in China zu beschäftigen. Die Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz mußte infolgedessen um einige Zeit verschoben werden. Dieser ungewöhnliche Schritt, eine Weltkonferenz, die mit soviel Vorbereitungen aufgezogen wurde, zu verschieben, muß sehr starke Befürchtungen in der ganzen Welt auslösen.

Es wird so viel geschossen in der Welt, daß die große Friedensrede, die die Abrüstung einleiten soll, zunächst zensiert und dann infolge des Widerhalls des Kanonendonners verschoben werden muß.

„Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen."

Henderson über die Aufgaben der Konferenz.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, führte in seiner Eröffnungsrede folgendes aus:

Die Konferenz steht vor der tragischen Tatsache, daß im Augenblick der Eröffnung seiner Arbeiten im



Henderson,
der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz.

Fernen Osten eine außerordentlich schwierige Lage entstanden ist. Es ist eine imperative Pflicht für die Unterzeichnerstaaten des Völkerbundpaktes und des Kellogg-Paktes, sich an die genaue Einhaltung dieser beiden großen Sicherheiten und Garantien gegen Krieg und Gewalt zu halten. Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Die Konferenz ist einzigartig in ihrer Bedeutung und umfaßt die Vertreter des Völkerbundes und der außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten. Hier sind nunmehr die Wortführer von 1700 Millionen Menschen versammelt.

Die Konferenz hat Fragen aller Nationen und aller Klassen der Welt zu behandeln. Über die Schwierigkeiten darf man sich keinen Illusionen hingeben. Wir müssen den festen Entschluß zeigen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und Wege zu schaffen, neue glorreiche Ausblicke der Menschheit zu eröffnen.

Die Aufgabe der Konferenz

besteht daher nach meiner Auffassung in folgenden drei Punkten:

1. Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen.

2. Keinerlei Rüstungen außerhalb des jetzt festzusetzenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.

3. Sicherung der weiteren Arbeiten, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabschnitten zusammentreten sollen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die

Furcht der Nationen vor Angriffen

einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohns, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralysieren und die Nationen immer wieder in das Wettrüsten schleudern. Der Völkerbund hat seit seinem Beginn an der Organisation des Friedens gearbeitet.

Aber das Empfinden für die Unsicherheit hat bisher fortgesetzt zu neuen Rüstungen geführt und das Anwachsen der Rüstungen führte seinerseits wieder zu einem fortgesetzten Anwachsen des Empfindens der Unsicherheit. Dieser Zirkelausschuß muß jetzt unterbrochen werden.

Die Mitglieder des Völkerbundes haben sich im Artikel 8 des Völkerbundpaktes verpflichtet, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen zu dem niedrigsten Punkte fordert, der mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist und mit gemeinsamem Vorgehen die internationalen Verpflichtungen zu stärken. Es bestand bisher das allgemeine Erwarten, daß die Verpflichtung des Artikels 8 des Völkerbundpaktes

so schnell wie möglich ausgeführt würde.

Diese Verpflichtung bleibt weiter auf allen Mitgliedern des Völkerbundes lasten und jeder einzelne muß jetzt versuchen, den Völkerbund von dieser Verpflichtung zu befreien. Der Völkerbund hat bisher keine Zeit verloren, dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Präsident Henderson gibt sodann einen langen historischen Überblick über das bisherige Verhalten des Völkerbundes auf dem Gebiete der Abrüstung.

Henderson schloß dann mit den bedeutungsvollen Worten: Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann nur jetzt die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen.

Die Konferenz der Generale und Admirale.

Die Teilnehmer der Abrüstungskonferenz.

Die Weltabrüstungskonferenz umfaßt nach der amtlichen Abordnungsliste des Völkerbundsekretariats die Vertretungen von 64 Staaten, davon die zehn Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes: Vereinigte Staaten, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Abessinien, Mexiko, Brasilien, Costa Rica, Hedschas und Ekuador. Die Republik San Domingo ist durch einen Beobachter vertreten. Der Konferenz gehören an: fünf Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 28 Generale und 15 Admirale, ferner unzählige Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, Militärattachés, zahlreiche Botschafter, Gesandte und hohe Beamte der Außenministerien.

Bild von der Galerie der Abrüstungskonferenz.

64 Staaten sind an der Weltabrüstungskonferenz im „Batiment electoral" in Genf vertreten, im großen Saale, in dem sonst die alljährliche Vollversammlung des Völkerbundes zu tagen pflegt. Bereits stundenlang vor Beginn der Konferenz drängt sich eine tausendköpfige Menge vor dem Eingangsportal, an dem die einzelnen Delegationen vorfahren. Die Diplomatentribüne und die Tribüne des Publikums sind bis auf den letzten Platz besetzt. In dem großen Konferenzsaal lagert eine Stimmung gespannter Erregung wegen der Ereignisse im Fernen Osten, die wie ein ernster Schatten auf dem Beginn der Abrüstungskonferenz lasten: die entscheidende Belastungsprobe des Völkerbundes! Die Abordnungen sitzen in alphabetischer Reihenfolge, in der ersten Bank, unmittelbar vor der Präsidentenbühne, die deutsche Abordnung. Langsam füllt sich der Saal. Die Seitenbänke sind dicht mit den militärischen Sachverständigen, meist hohen Generalstabsoffizieren, besetzt. Ein ungewöhnliches Bild diese Konferenzeröffnung, eine noch nie dagewesene Ansammlung von verantwortlichen Staatsmännern, Diplomaten, hohen Militärs, Politikern, dazu Neugierige aus aller Herren Ländern. Die Galerie ist ausschließlich für die Presse reserviert. Über 500 Journalisten aus allen Erdteilen werden dieser Konferenz ständig folgen.

Der vom Völkerbundrat ernannte Präsident der Abrüstungskonferenz, der frühere englische Außenminister Henderson, begibt sich auf den Präsidentensitz. Zu seiner Rechten nimmt der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, gleichzeitig Generalsekretär der Konferenz, Platz, zu seiner Linken Dolmetscher. Auf den Bänken neben dem Präsidenten sieht man die hohen Funktionäre des Völkerbundes, die Untergeneralsekretäre und die Abteilungsdirektoren. Henderson spricht englisch, die wichtigsten Teile seiner Rede stark unterstreichend. Seine klare, deutliche Stimme, der man die Erregung sehr anmerkt, durchdringt den lautlosen Saal. Henderson erklärte die Abrüstungskonferenz für eröffnet. Millionen von Rundfunkhörern in der ganzen Welt haben diese Sitzung lauschend miterlebt, fast alle Großsender der Erde haben sie verbreitet.

Kurze politische Nachrichten.

Die Belastung der Reichsbank zum Ultimo war mit 306 Millionen Mark Steigerung der gesamten Kapitalsanlage verhältnismäßig gering. Der Notenumlauf stieg nur um 209 Millionen Mark. Der Gold- und Devisenschwund geht aber weiter. An Gold verlor die Reichsbank 8,5 und an deckungsfähigen Devisen 6,2 Millionen Mark. Das Deckungsverhältnis ist infolgedessen von 26,4 auf 24,8 Prozent zurückgegangen.

*

Der Sohn und persönliche Adjutant des Reichspräsidenten, bisheriger Oberstleutnant von Hindenburg, ist zum Oberst ernannt worden.

*

Das bayerische Ministerium des Äußern hat die Reichsregierung unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage in Handel und Gewerbe um baldige Fertigstellung des Entwurfs zur Änderung der Gewerbeordnung ersucht. Es hat dabei besonders auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung gegen das Überhandnehmen der Schwarzarbeit und gegen die Ausbreitung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte hingewiesen.

Der Reichspräsident hat anläßlich des 200jährigen Bestehens der Preußischen Gestütsverwaltung an den preußischen Oberlandstallmeister folgendes Glückwunschschreiben gerichtet: „Der Preußischen Gestütsverwaltung, die heute auf ein zweihundertjähriges Bestehen zurückblickt, spreche ich meine wärmsten Glückwünsche und ihr und allen Pferdezüchtern Deutschlands meinen Dank und meine Anerkennung für ihre Leistungen aus. Ich hoffe und vertraue, daß die Preußische Gestütsverwaltung auch in der Zukunft der deutschen Pferdezucht und der deutschen Landwirtschaft eine starke Stütze bleiben wird!"

Um die Wahl des Reichspräsidenten.

Auf dem Presseempfang, den der Berliner Oberbürgermeister Sahm als Leiter des „Hindenburg-Ausschusses" abhielt, gab er die Namen der Personen bekannt, die seinem Aufruf bereits Folge geleistet haben; andere, so hoffte er, würden noch folgen. Es ist interessant, einmal die Namen festzustellen, die ursprünglich als Mitglieder des Ausschusses oder wenigstens als zu den Verhandlungen eingeladene Persönlichkeiten bezeichnet wurden, deren Namen aber in der jetzt veröffentlichten Liste

Reiner Tisch.

Abseits vom Kriegsgeschrei am Jangtsekiang und vom Redekrieg der Abrüstungskonferenz, abseits auch von den völlig ins Stocken geratenen Debatten über die deutsche Tributfrage, den Young-Plan und der interalliierten Schuldverpflichtung an Amerika vollzieht sich eine Entwicklung auf dem Weltgoldmarkt, die zum mindesten der Anfang zu einer allgemeinen Bereinigung der internationalen Goldverflechtung ist. Eine kurze Meldung aus London teilt mit, daß die Bank von England am 1. Februar der Bank von Frankreich und der amerikanischen Staatsbank mit 30 Millionen Goldpfund den Rest des großen Rediskontkredits zurückgezahlt hat, den sie am 1. August vergangenen Jahres in Paris und Newyork hatte aufnehmen müssen und der doch nicht verhindert hat, daß das englische Pfund von seinem Goldstandard sich trennen mußte. Eine Milliarde Mark hatte dieser Stützungskredit betragen, 400 Millionen waren schon im November 1931 zurückgezahlt worden und nun wanderte — zum großen Teil in Gold — auch der Rest hinüber in die nimmersatten Keller der Bank von Frankreich. Es ist nicht ohne einen gewissen pikanten Reiz, daß zu dieser Entlastung von der auch politisch so überaus drückenden Schuld vor allem das Gold geholfen hat, das in großem Umfang von — Indien aus nach London verschifft worden ist. Man schätzt übrigens den dortigen sichtbaren und unsichtbaren Goldvorrat, über den namentlich die indischen Fürsten verfügen, auf etwa acht Milliarden Mark und — nebenbei bemerkt — liegt hierin nicht gerade der letzte Grund dafür, daß jene Fürsten alles andere als begeisterte Anhänger der Gandhi-Bewegung sind, die im Falle ihres Sieges wohl kaum die Fürsten auf ihren Goldthronen sitzen läßt. Die Weltgeschichte wandert bisweilen seltsame Pfade!

Aber auch von anderer Seite her bemüht man sich, die Arme gegenüber dem ständigen Drucke der französischen Golddrohung freizubekommen. Als sich in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage die Dinge im Januar zuspitzten und Frankreich wegen der Ablehnung der Washingtoner Regierung, sich vor einer europäischen Einigung über das Reparationsproblem sich irgendwie auf eine Revision der interalliierten Kriegsschulden einzulassen, vergeblich eine antiamerikanische Front der europäischen Mächte zusammenzubringen versucht hatte, griff man in Paris wieder einmal zu den bisher unfehlbar wirkenden Mittel der „Golddrohung", Frankreich rief im größten Umfang, vielleicht sogar bis zum letzten Cent, seine amerikanischen Golddepots ab und begann außerdem, seine dortigen Guthaben in Gold umzuwandeln. Wieder, wie einst vor Hunderten von Jahren nach Spanien, zogen die „Goldschiffe" über das Meer. Da aber hat das amerikanische Schatzamt und die Newyorker Bundes-Zentralbank (Federal Reserve Board) dem Staatspräsidenten vorgeschlagen, Frankreich direkt aufzufordern, daß es nun einmal endlich seine gesamten restlichen Kredite in Amerika kündigt und abzieht. Zuzüglich der bisher dort vorhandenen Golddepots schätzt man die französischen Guthaben in Amerika auf etwa 600 Millionen Dollar; da aber die Golddepots Frankreichs bereits nicht mehr den Gesamtgoldvorrat der amerikanischen Bundesbanken und des Federal Reserve Boards zugezählt wurden, handelt es sich „nur" noch um einen möglichen Goldabzug von etwa 500 Millionen Dollar, also rund 2,2 Milliarden Mark.

Man hat in Amerika „die Nase voll" von Frankreichs Gold und von Frankreichs Golddrohungen, die immer dann besonders erfolgten und lästig waren, wenn das Streben nach einer Überwindung der Wirtschaftskrise einen neuen Anlauf genommen hatte. Man will in Amerika endlich damit reinen Tisch machen und — ist auch in der glücklichen Lage, es durchführen zu können. Denn der für die Auszahlung der französischen Guthaben benötigten Goldmassen stellen nur die Hälfte des über die Währungsdeckung hinausgehenden also überschüssigen Goldvorrats in den amerikanischen Banken dar. Man will also jetzt lieber eine Schwächung der Goldvorräte in Kauf nehmen, als diese ständige Beunruhigung des amerikanischen Geldmarktes durch Frankreich. Man will sich endlich und gründlich von der französischen Golddrohung befreien. Bleibt Amerika doch auch dann noch im Besitz des größten Goldvorrats der Welt, wenn die französischen Guthaben liquidiert und als Goldbarren den Weg über das Meer bis in die Panzerfestung der Bank von Frankreich genommen haben. Damit hat Amerika auch die Arme frei, um auf eigenen, bereits festgelegten Wegen zu einer allgemeinen Auflockerung des Kredits und dann, wie man hofft, auch zu einer neuen Belebung der stagnierenden Wirtschaft zu kommen. Fehlt es damit doch in Zukunft Frankreich an der Möglichkeit, den Dollar ins Wackeln zu bringen. Und da nun gleichzeitig England den Rest des französischen Goldkredits zurückgezahlt hat, beginnt die als politisches Instrument so oft wirksam gebrauchte Golddrohung Frankreichs bei den beiden angelsächsischen Mächten beträchtlich an Wucht zu verlieren. Diese Drohung ist selbst bedroht und Frankreich kann heute auf seinem Goldhort von derzeit elf Milliarden Mark längst nicht mehr so ruhig und überlegen sitzen wie in den letzten fünf Jahren.

Was fordert Deutschland?

Die Richtlinien für die Abrüstungskonferenz.

Deutschland hat die Bestimmung des Versailler Vertrages über seine Entwaffnung in vollem Umfange durchgeführt; seine früheren Kriegsgegner haben das formell anerkannt. Deutschland hat die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft; verfügt über keine ausgebildeten Reserven. Sein Kriegsmaterial ist bis auf einen kleinen Bestand verschrottet. Seine Flotte ist zum größten Teil, die U-Boote und die Luftflotte vollzählig, vernichtet; seine Kriegsindustrie ist zerstört.

Deutschland hat einen moralischen und juristischen Anspruch darauf, daß dieser ungeheuren Vorleistung die allgemeine Abrüstung nun endlich folgt. Die Verpflichtung dazu wagt niemand zu bestreiten. Über die Forderungen, die Deutschland auf der Abrüstungskonferenz stellen muß, äußert sich in seinem Buch „Abrüstung oder Kriegsvorbereitung" K. L. von Oertzen. Der dem Reichswehrministeriums nahestehende Verfasser führt u. a. folgendes aus: Führende Politiker unserer einstigen Kriegsgegner haben diese Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung immer wieder feierlich anerkannt. Aber den Worten muß endlich die Tat folgen. Eine solche Tat wird jedoch durch den von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeiteten Entwurf nicht vorbereitet. Die militärischen Sachverständigen unserer früheren Kriegsgegner haben die in den militärischen Klauseln des Versailler Vertrages niedergelegten Methoden, nach denen Deutschland abgerüstet wurde, für wirksam gehalten. Der Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission will andere Methoden anwenden. Die Abrüstung der anderen soll sich also nach anderen Methoden vollziehen, als die Entwaffnung Deutschlands. Wenn die Genfer Methoden wirksamer wären als die Versailler, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Tatsächlich aber läßt der Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission alle wesentlichen Faktoren außer Betracht, und zwar gerade auch die, die für die deutsche Abrüstung maßgebend waren. Würde der Entwurf der Abrüstungskommission in seiner heutigen Form auf der allgemeinen Abrüstungskommision angenommen, so wäre die Abrüstung der anderen nur eine Scheinabrüstung, die Abrüstung Deutschlands aber weiter eine Tatsache. So dürfen die Dinge auf keinen Fall laufen. Jedenfalls könnte Deutschland sich an einer derartigen Scheinlösung des Problems der allgemeinen Abrüstung keinesfalls beteiligen; denn das würde bedeuten, daß für Deutschland auch in Zukunft hinsichtlich der Abrüstung und damit der nationalen Sicherheit ein anderes, ein minderes Recht gälte als für die anderen Völker; daß also Deutschland weiter aus dem Kreise der vollberechtigten Nationen ausgeschlossen bliebe. Mit dem Grundsatze der Gleichberechtigung der Völker, der Grundlage des Völkerbundes, wäre eine solche Regelung unvereinbar.

Der Ruf, mit dem wir auf die Abrüstungskonferenz nach Genf gehen, muß deshalb lauten: die allgemeine Abrüstung ist unser vertragliches Recht; sie ist eine moralische und juristische Pflicht der anderen. Nur eine allgemeine Abrüstung auf dem Boden völliger Rechtsgleichheit, d. h. eine Abrüstung nach für alle Teilnehmer gleichen Methode kann das Ziel sein. Deutschland wird jedes Abrüstungsabkommen verwerfen, das nicht auf dem Grundsatz völliger Rechtsgleichheit aller Völker beruht. Weil der Entwurf des Abrüstungsabkommens der Vorbereitenden Kommission gegen diesen Grundsatz verstieß, hat Deutschland ihn abgelehnt.

Völkerbundratsappell an Japan und China

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verlangt!

Völkerbundrat wünscht Einstellung des chinesisch-japanischen Konflikts.

In einer Sondersitzung des Völkerbundrates beschäftigte man sich nochmals mit den kriegerischen Ereignissen in China. Der englische Dominionsminister Thomas verlas stehend eine Erklärung der britischen Regierung, in der festgestellt wurde, daß

Schanghai der Schauplatz eines außerordentlich ernsten Konfliktes geworden

sei, an dem schwere Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge teilnehmen. Der Zustand eines Krieges sei damit praktisch eingetreten. Einer solchen Lage können die Mitglieder des Völkerbundes nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Die englische Regierung hat daher, so betonte Thomas, gemeinsam mit anderen Regierungen beschlossen, neue Bemühungen zur Sicherung des Friedens einzuleiten. Die englische Regierung hat daher am Montag den Regierungen in Tokio und Nanking folgende Forderungen gestellt:

1. **Einstellung aller Feindseligkeiten und aller Vorbereitungen zum Kriege;**

2. **Beiderseitige Zurückziehung der Truppen in Schanghai;**

3. **Schutz der internationalen Konzession und Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai;**

4. **Sofortige Einleitung der Verhandlungen, um den Konflikt im Geiste des Kellogg-Paktes und der Entschließung des Völkerbundrates vom 9. Dezember vorigen Jahres zu regeln.**

Nach der Erklärung Thomas' teilte Tardieu mit, daß die französische Regierung auf Grund der Mitteilungen der englischen Regierung unverzüglich ihre diplomatischen Vertreter in Tokio und Nanking beauftragt habe, in gleichem Sinne vorstellig zu werden. Die französischen Flottenstreitkräfte seien nach Schanghai unterwegs.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Auch die italienische Regierung sei im Sinne der englischen Demarche in Tokio und Nanking vorstellig geworden.

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsaecker, teilte dann mit, daß er seiner Regierung unverzüglich die Erklärungen der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens übermitteln werde, damit die deutsche Regierung auch ihrerseits in den beiden Hauptstädten im gleichen Sinne vorstellig werden könne.

Frankreich und Italien schließen sich England an.

Der chinesische Gesandte Yen beschränkte sich auf die Mitteilung, daß er seiner Regierung über die Verhandlungen des Völkerbundrates Bericht erstatten würde.

Der japanische Botschafter Sato begrüßte das Vorgehen der englischen Regierung. Das Vorgehen der japanischen Truppen sei ausschließlich auf Angriffe von seiten Chinas und den fortgesetzten Bruch aller Vereinbarungen durch die chinesische Regierung zurückzuführen. Allgemeine Heiterkeit erregte es, als der japanische Botschafter beantragte, unverzüglich die Ursachen der chinesischen Angriffe auf die japanischen Truppen zu untersuchen. Sato teilte weiter mit, daß die japanische Regierung einen englischen Vorschlag auf Schaffung einer neutralen Zone annehme.

Die Verhandlung wurde von Tardieu mit der Mitteilung geschlossen, das Ziel der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundrates sei gewesen, ein gemeinsames Vorgehen des Völkerbundrates mit den jetzt von der englischen Regierung vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zu ermöglichen und die erschütterte Autorität des Völkerbundes in diesem außerordentlich schweren Konfliktsfalle zu sichern.

Amerika schließt sich den Mächten an.

Nach Verhandlungen des Washingtoner englischen Botschafters mit Staatssekretär Stimson hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten in einer neuen Note an China und Japan von beiden die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Schanghai gefordert.



Exzellenz v. Schnee fährt in die Mandschurei.

Der Vertreter Deutschlands in der Untersuchungskommission des Völkerbundrates für die Mandschurei, Gouverneur a. D. von Schnee (Mitte), ist jetzt nach Paris gefahren, um von dort mit den anderen Mitgliedern der Kommission über Amerika nach der Mandschurei zu reisen. Bekanntlich ist der Verkehr auf der transsibirischen Eisenbahn infolge der Unruhen unterbrochen, so daß dieser riesige Umweg gewählt werden mußte. Neben Exzellenz von Schnee der japanische Botschafter in Berlin, Obata (links), und der chinesische Geschäftsträger Dr. Liang (rechts), die ihm das Geleit zur Eisenbahn gaben.

Überspannte Preisabbauerwartungen.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben:

Ein Rückblick auf den Monat Januar beweist, daß die schwere Krise im Handwerk unvermindert fortdauert. Die Wirtschaftslage des Handwerks, die auch in normalen Zeiten im Januar ihren Tiefstand zu erreichen pflegt, hat sich in diesem Jahr katastrophal für das Handwerk gestaltet. In nahezu sämtlichen Handwerkszweigen hat die

Verschlechterung der Geschäftsverhältnisse

weitere Fortschritte gemacht. Diese Feststellung trifft sowohl auf das Holzgewerbe als auch auf die metall- und lederverarbeitenden Handwerke zu. Selbst die Nahrungsmittelhandwerke berichten über einen fühlbaren weiteren Absatzrückgang. Auch die Bekleidungshandwerke, für die in normalen Zeiten die Faschings- und sonstigen Festlichkeiten eine Belebung der Aufträge zu bringen pflegen, haben keine Aufträge vorliegen. Noch immer bilden neben der allgemein gesunkenen Kaufkraft

überspannte Preisabbauerwartungen

ein erhebliches Hemmnis für die Wiederbelebung des Geschäfts. Die großen Inventurausverkäufe, an denen das Handwerk nur wenig beteiligt ist, brachten dem Handwerk ebenfalls überwiegend eine Verringerung seiner Umsätze. Kennzeichnend und grundlegend für die wirtschaftliche Lage des Handwerks ist auch das völlige Daniederliegen des Baumarktes. Trotz verhältnismäßig günstiger, zum größten Teil frostfreier Witterung ist die Bautätigkeit vollständig zum Erliegen gekommen. Auch in den Baunebengewerben ist, von gelegentlichen kleineren Reparaturarbeiten abgesehen, ebenfalls völlige Geschäftsstille eingetreten.

Die Preisgestaltung

ist natürlich stark gedrückt. Dazu kommt, daß die Zahlungen immer schlechter eingehen. Für die Handwerksbetriebe im Osten des Reiches macht sich die Eröffnung des Sicherungsverfahrens für die landwirtschaftlichen Betriebe ungünstig bemerkbar, da ein großer Teil der Landwirte seinen Zahlungsverpflichtungen dem Handwerk gegenüber nicht nachkommt, so daß das Handwerk erhebliche Außenstände hat, die jetzt nicht beitreibbar sind. Auf der anderen Seite aber wird von dem Handwerker Erfüllung seiner Verbindlichkeiten verlangt. Abgesehen von den niedrigen Preisen und den Zahlungsschwierigkeiten werden dem Handwerk auch erhebliche Verluste durch Konkurse usw. seiner Kundschaft zugeführt.

Die Schwarzarbeit der arbeitslosen Gesellen

nimmt ebenfalls ständig zu und entzieht dem Handwerk viele Aufträge. Eine Bekämpfung dieser Konkurrenz wird auch immer schwieriger, weil bei Vorliegen einer Arbeit häufig der Betrieb angemeldet und nach Fertigstellung der Arbeit wieder abgemeldet wird. Um dieser Form der Pfuscharbeit wirksam entgegentreten zu können, wäre zu fordern, daß bei Anmeldung eines Gewerbebetriebes eine hohe Anmeldegebühr zu entrichten ist.

Die Zahl der arbeitslosen Gehilfen hat erheblich zugenommen. Die Zahl der beschäftigten Gehilfen beträgt schätzungsweise im Durchschnitt nur noch 10 bis höchstens 20 Prozent des normalen Standes. Die Löhne sind entsprechend der vierten Notverordnung fast durchweg auf den Stand von 1927 gesenkt worden.

Die Verfehlungen der Postagentin.

Weitere 250 000 Mark unterschlagen.

Die Unterschlagung in der Postagentur Wasserburg in Bayern, wo die Postagentin Anna Steubl 208 000 Mark unterschlagen hat, wächst sich zu einem noch größeren Skandal aus. Es kommt nämlich noch ein weiterer Betrag von 250 000 Mark hinzu, der unter Mithilfe der Anna Steubl im Postamt Wegscheid bei ihrem dortigen Geliebten, einem verheirateten Postmeister, verschwunden ist.

Um das Schicksal von „M 2".

Kleidungsstücke der Besatzung aufgefischt.

Im Unterhaus teilte der erste Lord der Admiralität am Dienstag mit, daß bei den Nachforschungen na chdem gesunkenen U-Boot die Mütze des Steuermannes des „M 2" in einem Leinenbeutel, sowie der Kragen eines Maaten aufgefischt worden sind.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. Februar 1932.

Bauernworte vom Februar.

Der Februar will als richtiger Wintermonat angesprochen werden, und zwar bis in seine letzten Tage hinein. Eine alte Bauernregel heißt „Matthein (24.) bricht's Eis, hat er keins, dann macht er eins." Wer glaubt, daß schöne, warme Tage im Februar schon den Frühling machen, täuscht sich, denn der Bauer warnt: „Wenn im Hornung die Mücken schwärmen, muß man im März die Ohren wärmen." Eine bedeutsame Rolle spielt das Wetter am Lichtmeßtag, heißt es doch: „Ist's Wetter zu Lichtmeß hell und rein, wird ein langer Winter sein, wenn es aber stürmt und schneit, ist der Frühling nicht mehr weit" oder „Lichtmeß im Klee, Ostern im Schnee". Das Wetter auf lange Sicht bestimmt der Tag Petri Stuhlfeier (22.): „Die Nacht vor Petri Stuhlfeier weiset an, was wir auf 40 Tage für Wetter han." Daß der Februar ein unsicherer und unzuverlässiger Geselle ist, das kündet uns folgende Regel: „Der Februar hat seine Mucken, er baut von Eis oft feste Brucken." Von Wichtigkeit ist schließlich noch der Romanstag: „Romanus hell und klar, deutet auf ein gutes Jahr."

Landmanns Arbeitskalender im Februar.

Eine der ältesten Bauernregeln setzt auf den zweiten Tag des Hornungs, auf Mariä Lichtmeß, eine der großen Zeiteinteilungsmarken des Arbeitsjahres. Denn jetzt muß sich der Landwirt darüber Rechenschaft ablegen, ob er noch die Hälfte des Rauhfutters zur Verfügung hat, um sein Vieh bis zu der Zeit, in der neues Futter grünt, durch den Winter zu bringen. Die Hausarbeiten, auch die weiblichen, werden jetzt allmählich zu Ende gebracht. Eine ebenso große Rolle wie der Überschlag über das Viehfutter, hat noch bis weit in das neunzehnte Jahrhundert hinein die Sorge um das Brotkorn gespielt, von dem bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls nur die Hälfte verzehrt sein durfte, andernfalls man nun die Backware mit allerhand Streckungs- und Ersatzmitteln zu verlängern begann. Aus dieser jahrhundertlangen Gewohnheit ist es dem Landmann in Fleisch und Blut übergegangen, daß er jetzt allerspätestens mit seinem Sommerbestellungsplane ins reine gekommen sein muß.

Denn von nun an steigt die drängende Arbeit in Monat für Monat anschwellendem Maße an. Die wärmere Sonne macht sich sichtbar schon in den lebendig werdenden Saaten bemerkbar und daher muß auf guten Abzug von Pfützen durch Offenhalten der Wasserfurchen und gute Wirksamkeit der Drainröhren geachtet werden. Zum Ausstreuen des Kainits ist der letzte Termin gekommen, wo auf Wiesen und Weiden überhaupt Kunstdünger noch mangelt, muß er schleunigst ausgestreut werden, auch muß mit der Instandsetzung schadhafter Weideumzäunungen begonnen werden. In Schuppen, Scheune und Hof ist Generalappell für alle Geräte, Maschinen, Wagen und Geschirre, die zur Frühjahrsbestellung benötigt werden, und wo noch Ausbesserungen nötig sind, darf keine Zeit mehr verloren werden.

Im Stall erfordern die Lämmer Aufmerksamkeit, Läuseplage und Lecksucht müssen bekämpft werden, die Zugochsen bekommen Zusatzrationen, um sie in vollen Leistungszustand für die Frühjahrsarbeiten zu versetzen. Große Reinigung der Geflügelställe und Taubenschläge, Trennung der Rassen bei Reinzuchten, Bestellung von Bruteiern, Beginn der Frühbruten!

Im Garten die Mistbeete anlegen, das Ausputzen der Bäume und Beerensträucher und ebenso den Schnitt der Ziergehölze alsbald zu Ende führen. In der zweiten Monatshälfte, falls das milde Wetter andauert, mit den ersten Aussaaten ins freie Land beginnen, nämlich Gelb- oder Mohrrüben, Rapünzchen, Radieschen, Spinat, frühe Erbsen; letztere jedoch in milden Lagen, ferner Petersilie und Petersilienwurzel. Bei offenem Boden fleißig graben und rigolen. Manche pflanzen gegen Ende des Monats auch schon Schalotten und Steckzwiebeln, welche Frühfröste vertragen, aus, damit sie sie bereits um Johanni ernten können. Im Walde wird der Winterhieb beendet. Karpfenteiche müssen bei starkem Schmelzwasserzuflüssen abgefischt werden. Am Bienenstand ist weiter auf strengste Ruhe zu halten. Treten aber Reinigungsflugtage ein, so ist auf Weiselrichtigkeit zu achten, und weisellose Völker sind mit Königinnen zu besetzen oder mit anderen Völkern zu vereinigen.

—* **4-Pfennig-Stücke erst Mitte Februar.** Die Ausgabe der neuen Vier-Pfennigstücke, die nach der Dezember-Notverordnung möglichst schnell in einem Gesamtbetrage von 2 Millionen herausgebracht werden sollten, hat sich verzögert. Man hatte allgemein damit gerechnet, daß die neuen Geldstücke bestimmt Anfang Februar in den Verkehr gebracht werden könnten. Nach den neuesten Erkundigungen ist aber nicht vor Mitte Februar mit dem Prägungsbeginn und der Ausgabe zu rechnen. Das Reichsfinanzministerium hat der Münze jetzt den Auftrag erteilt, den neuen Prägestempel herzustellen. Da die Ausführung dieser Arbeiten mindestens etwa 8 Tage in Anspruch nimmt, kann also frühestens in der zweiten Februarwoche mit der Uebernahme der Münzen in den Verkehr gerechnet werden. Die preußische Münze in Berlin wird etwa für 1 Million Vier-Pfennig-Stücke prägen, während der Rest auf die übrigen deutschen Prägestellen verteilt wird.

—* **Wohlfahrtsmarken.** Die Postanstalten und die Deutsche Nothilfe werden in den nächsten Tagen mit dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken zu 6 und 12 Rpf zum Preise von 10 und 15 Rpf beginnen. Die Marken sind nach den Mustern der bisherigen Wohlfahrtsmarken zu 8 und 15 Rpf, die ebenfalls noch bis Ende März vertrieben werden, hergestellt, tragen aber den Aufdruck 6 und 4 Rpf und 12 u. 3 Pf. Die Ziffern 8 und 15 in den unteren Ecken sind mit 6 und 12 überdruckt. Alle Wohlfahrtswertzeichen sind bis Ende August gültig. Die bisherigen Wohlfahrtsmarken zu 8 und 15 Rpf sind zur Freimachung von Briefsendungen, u. U. durch Ergänzung mittels anderer Postwertzeichen, auch weiterhin verwendbar.

Verordnung über die Frist für die Abgabe der Steuererklärung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer.

Auf Grund des § 61 des Einkommensteuergesetzes des § 22 des Körperschaftssteuergesetzes und des § 17 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 sowie des § 4 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen über den Zeitpunkt der regelmäßigen Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer vom 30. Dez. 1931 wird als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für 1931 endende Steuerabschnitte die Zeit vom 15.—29. Februar 1932 bestimmt. Durch die Einführung der Steuerstufen ist die genaue Errechnung des zu versteuernden Einkommens für jeden Steuerpflichtigen sehr wichtig. Unter Umständen sind für eine RM Mehreinkommen erheblich höhere Steuerbeträge zu bezahlen. Es beträgt die Einkommensteuer einschließlich Krisensteuer der Veranlagten bei einem steuerpflichtigen Einkommen von

575	*RM*	um	*RM*	12,10	mehr als bei	574	*RM*
900	*RM*	um	*RM*	16,50	mehr als bei	899	*RM*
6250	*RM*	um	*RM*	74,30	mehr als bei	6249	*RM*
16500	*RM*	um	*RM*	215.—	mehr als bei	16499	*RM*

Jeder Steuerpflichtige muß sich daher genau darüber unterrichten, was er von seinem Einkommen abziehen darf. Erfahrungsgemäß erheben viele Steuerpflichtige nach Erhalt des Steuerbescheids Einspruch, weil ihnen der vom Finanzamt angeforderte Steuerbetrag zu hoch erscheint, und machen nachträglich verschiedene Abzugsmöglichkeiten geltend. Das ist zwar zulässig, es liegt jedoch im Interesse der Geschäftsvereinfachung der Finanzämter, daß Einsprüche aus diesen Gründen auf das Mindestmaß beschränkt bleiben. Es wird deshalb jedem Steuerpflichtigen auf Verlangen kostenlos und portofrei ein Merkblatt über die Frühjahrsveranlagung 1932 von der Reichssteuertabellen-Verlag m. b. H. Berlin SO 36, Dresdener Straße 2 durch die Post zugesandt.

Halver

—0 **Einbruch.** In den letzten Tagen wurde wiederum an verschiedenen Stellen im Gemeindebezirk eingebrochen. So drangen Diebe in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1932in den Geschäftsraum der Firma Albert Herdepe, in die Wohnung des Kaufmanns Brocke und in das Geschäft des Anstreichers Barking in Halver, Frankfurterstraße, ein. Es fielen ihnen 2 Sparbüchsen mit Inhalt, kleinere Geldbeträge, einige Eßbestecke und dergl. in die Hände. Die Diebe sind dann wohl durch das laute Rufen eines erwachenden Hausbewohners verscheucht worden. — Ein weiterer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom 1. zum 2. d. M. bei dem Gutsbesitzer Eugen Zimmermann in Anschlag ausgeführt. Hier entwendeten die Diebe aus dem Keller ganz geringe Mengen Lebensmittel. Hier wurden die Diebe durch das Gebell des Hundes und die darauf erwachenden Hausbewohner gestört und verscheucht.

—)(**Ennepe.** Eingestürzt ist vorgestern ein Teil des Gewölbes der Brücke, die im Zuge des Verbindungsweges Ennepe—Büchermühle liegt. Die Ursache des Einsturzes ist wohl auf das vergangene Frostwetter und das hohe Alter der Brücke zurückzuführen. Da die Einbruchstelle für den Verkehr sehr gefährlich, ist der Schaden am gestrigen Tage gleich wieder behoben worden.

—:: **Oberbrügge.** Im Lokale von Steinbach in Ehringhausen tagte der **Imkerverein von Bommert-Schmidthausen.** Die Mitglieder waren zu der Generalversammlung zahlreich erschienen. Nachdem der Schriftführer des Vereins im Auftrage des Vorsitzenden den Jahresbericht gegeben hatte, erfolgte die Kassenlegung. Die mustergültige Kassenführung wurde allgemein anerkannt, deshalb wurde nach Prüfung der Kasse dem Kassenführer die Entlastung unter Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Die Wahlen wurden schnell durch Wiederwahl erledigt. Bei der Beitragszahlung stellte man die sparsame Verwaltung des Vereins durch den Vorstand fest. Infolge des guten Kassenbestandes beantragte der Vorstand Herabsetzung der Beiträge, was von der Versammlung mit Dank quittiert wurde. Dann erteilte der Vorsitzende dem Herrn W. Voß das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: Behandlung der Bienen unter Beachtung der diesjährigen klimatischen Verhältnisse." Der Kern des Vortrages ging dahin, daß die schwach eingewinterten Jungbienen durch das milde Wetter des Januars einen frühzeitigen anormalen Brutansatz herbeiführen und infolgedessen bei Auftreten eines harten Nachwinters infolge der frühzeitig verbrauchten Futtervorräte leicht eingehen können. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seinen interessanten Vortrag. Nach dem Vortrage setzte eine lebhafte Debatte ein, die immer dahin ging, daß man dem Redner für die gegebenen Fingerzeige nicht genug dankbar sein könnte. So konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung schließen, mit dem Dank an alle Mitglieder für treues Zusammenhalten im alten Jahre und knüpfte daran die Bitte, auch im neuen Jahre dem Verein die Treue zu bewahren.

Dahlerbrück

—„ Der **Turnverein Stöcken-Dahlerbrück e. V. 1885,** hatte am Samstag sein Winterfest in den Räumen des Herrn G. Thienemann. Es war eine geschlossene Veranstaltung, wozu man wegen Raummangel gezwungen war, da man den passiven Mitgliedern Zeugnis geben wollte, von der regen Arbeit innerhalb des Turnvereins. Schon weit vor Beginn des Festes füllte sich der Saal und als die Feier um 7 Uhr ihren Anfang nahm, war kein Sitzplatz mehr frei. Nach einem Musikstück, gespielt von der Kapelle Sondern und einem Prolog, gesprochen von einem Jugendturner, ergriff der Vorsitzende Turnbr. Herminghaus das Wort zu einer kurzen, jedoch herzlichen Begrüßungsansprache. Leider konnten sich alle Uebungen auf der provisorisch hergerichteten Bühne wegen Raumnot nicht abwickeln, was den gut geturnten Barrenübungen der Turnerinnen und Turner ein noch schöneres Bild verliehen hätte. Erstmalig trat der erst vor kurzem gegründete gemischte Chor mit harmonisch klingenden Volksliedern an die Oeffentlichkeit. Ein wirklich kluger Gedanke, ein gemischter Chor im Turnverein, der alle Mitglieder, ob Turner oder Nichtturner vereint und das Gemeinschaftsgefühl stärkt. Der Chor verfügte erstaunlicher Weise über gutes Stimmenmaterial und neigt zu schönen Hoffnungen. Die rhythmischen Uebungen der Turnerinnen im ersten und zweiten Teil gefielen besonders gut. Am Schluß des ersten Programmteils gelangte das Ritterspiel „Der Pfeifer von Hardt" in 3 Aufzügen von Walther Dränert zur Aufführung. Was hier geboten wurde, übertraf die gehegten Erwartungen des Publikums bei weitem. Man merkte es den Spielern an, daß sie ganz bei der Sache waren. Dem Verein gebührt hierfür besondere Anerkennung. Langanhaltender Beifall lohnte die Spieler. Im zweiten Teil des Programms warteten die Turnerinnen nach einem Musikstück und einem Volkslied mit Keulenübungen auf. Der Reigen, ein Volkstanz, gefiel ebenfalls sehr gut. Daß die Lachmuskeln der Zuschauer gereizt wurden, dafür sorgte am Schluß des eigentlichen Programms das Lustspiel „Der verhaftete Turnverein" ein Schwank in einem Akt von Rudolf Flottwell. Das Stück war ein Volltreffer und erfüllte voll und ganz den beabsichtigten Zweck. Mit fröhlichem Herzen wurde dann das Tanzbein geschwungen und die nicht ermüdende Kapelle spielte sehr fleißig fröhliche Tanzweisen. Es kann nur gesagt werden, daß der Turnverein es wirklich meisterhaft versteht, auch in schlechten Zeiten dem notleidenden Volk heitere, in Erinnerung bleibende Stunden zu bereiten, die die Sorgen des grauen Alltags für kurze Zeit vergessen lassen.

Brügge

—: **Das Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr Brügge** am letzten Samstag wurde durch musikalische Darbietungen der Kiersper Feuerwehrkapelle eingeleitet. Herr Heinrich Domininghaus begrüßte die zahlreich Erschienenen. Seine Aussprache klang aus in ein Hoch auf die Feuerwehr. Anschließend sang man gemeinsam das Deutschlandlied. Ein abwechslungsreiches Programm rollte sich darauf ab mit Musikeinlagen und Liedern mit Gitarrebegleitung, die besonderen Beifall auslösten. Herr Mickenhagen weckte großen Jubel durch seine humorvollen plattdeutschen Vorträge. Ein Kunstfahrer zeigte seine Kunst im Radfahren und erntete großen Beifall. Mitglieder der Feuerwehr führten in bester Weise ein Theaterstück „Eine Instruktionsstunde beim Fliegerkorps" auf. Noch manche hübsche Belustigung wurde geboten; auch eine große Verlosung. Dem 1. Brandmeister August Riggemann wurde für seine 40-jährige treue Mitgliedschaft ein wertvolles Bild überreicht. Mit herzlichen Worten dankte der Geehrte. Eine Anzahl Wehrleute erhielten für Pünktlichkeit und Treue, da sie nie fehlten im letzten Jahre, eine Ehrennadel. Besonderes Lob für die Leistungen der Wehr sprach Herr Joachim Beckmann aus.

*

pn **Breckerfeld.** Beschimpfung der Reichsflagge. Im vorigen Jahr fand hier eine öffentliche Versammlung der N. S. D. A. P. statt, in der der Landwirt M. über „Bauernnot und Bauernbefreiung" sprach. Im Verlauf des Referats machte der Redner einige allgemeine Ausführungen über die Demokratie. Er betonte, daß es mit Gefahren verknüpft sei, heute über die deutschen Minister zu sprechen, da Beamte im Saale seien, die seine Rede überwachten. In seinen Ausführungen über Demokratie sprach er über Chinesische Minister, die von der Partei gewählt würden, daß diese dann regierten und bewilligten, und wenn sie genügend in ihre eigene Tasche gewirtschaftet hätten, ließen sie sich pensionieren. Im weiteren Verlauf der Rede soll auch der Ausdruck Schwarz-Rot-Senf-Partei gefallen sein, so behaupteten mit aller Bestimmtheit die drei zur Ueberwachung der Versammlung anwesend gewesenen Oberlandjäger. Sie hätten zuerst nicht gewußt, ob diese Aeußerung strafbar sei, weil nicht direkt von den Reichsfarben gesprochen wurde. M. war wegen seiner Redwendung bezgl. der Chinesischen Minister, das eine Umschreibung für die deutschen Minister gewesen sei und wegen der Aeußerung Schwarz-Rot-Senf-Partei wegen Verstoßes gegen das Republikgesetz unter Anklage gestellt worden. Das Schöffengericht hatte wegen der beleidigenden Worte gegen die Reichsflagge den Angeklagten zu 100 RM Geldstrafe verurteilt, im übrigen ihn aber freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer bekundeten die drei Oberlandjäger, daß der Angeklagte die vorstehend wiedergegebene Redwendungen gebraucht habe. Drei weitere Zeugen wollten nichts gehört haben. Der Staatsanwalt stützte sich auf die Aussagen der Belastungszeugen und beantragte eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis. Das Gericht verwarf beide Berufungen. Das Gericht habe als erwiesen angesehen, daß die Bezeichnung Schwarz-Rot-Senf-Partei auf die Reichsflagge gemünzt war. Aber nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte die Staatsform als solche angegriffen habe. Das Republikgesetz schütze nur die Staatsform und den Reichspräsidenten, nicht die Minister. Wenn diese sich durch die Worte des Angeklagten beleidigt fühlen, so müßten diese einen diesbezgl. Strafantrag stellen.

Breckerfeld. Ausraubung einer Jagdhütte. Die Jagdhütte bei Altenbreckerfeld wurde in einer der letzten Nächte vollkommen ausgeraubt.

pn. **Hagen.** Sturz aus dem 3. Stock. Eine 54jährige Witwe stürzte in geistiger Umnachtung aus dem Fenster ihrer Wohnung und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Die Frau ist an den Folgen der Verletzungen nach einigen Stunden verstorben.

pn. **Schwelm.** Magistrat hebt Stadtverordnetenbeschluß auf. In der Sitzung am Donnerstag wurde von den Stadtverordneten mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, den Gaspreis nicht um 2 Pfg. wie vom Magistrat vorgeschlagen, sondern um 3 Pfg. zu senken. Der Magistrat hat sofort am nächsten Tag diesen Beschluß aufgehoben und die Preisermäßigung auf 2 Pfg. festgesetzt. Dieser Beschluß ist nach der Preußischen Sparverordnung unabänderlich.

Dortmund. Zum Dortmunder Mord. Die Belohnung auf 2000 RM erhöht. Das Verbrechen in der Lindemannstraße konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden. Trotzdem alle bis jetzt verfolgten Spuren im Sande verlaufen sind, hofft die Kriminalpolizei aber immer noch, des Mörders habhaft zu werden. Die vom Regierungspräsidenten in Arnsberg für die Aufklärung der Bluttat ausgesetzte Belohnung von 1000 RM ist nunmehr von den Familienmitgliedern der Ermordeten um den gleichen Betrag erhöht worden, so daß die Gesamtbelohnung jetzt 2000 RM beträgt.

Arnsberg. Wir haben vor einigen Tagen bereits mitgeteilt, daß der Syndikus des Arbeitgebervereins für das südöstliche Westfalen in Arnsberg Unterschlagungen begangen habe. Wie wir dazu vernehmen, handelt es sich um den ungetreuen Syndikus Dr. jur. Hans Beger.

Attendorn. Seit 300 Jahren besteht in der Stadt Attendorn ein Gymnasium, das seit 100 Jahren humanistisch und seit 50 Jahren in der jetzigen Form geführt wird. Da am 1. April dieses Jahres die Zuschüsse für das Gymnasium aufhören, die im sogen. „Drei-Jahresplan" vom Staat und Kreis festgelegt waren, und die Weiterzahlung von Zuschüssen in Frage gestellt ist, besteht also die Gefahr, daß diese alte Bildungsstätte geschlossen werden müßte, wenn es nicht dennoch gelingt, Mittel aufzubringen. 60 protestantische Gemeinden des Süd-Sauerlandes und die katholische Geistlichkeit sämtlicher Dekanate des Kreises haben einstimmig ihren Willen kundgetan, die Anstalt zu erhalten.

Ahlen. Ein Hospital zwangsversteigert. Das in den Jahren 1926 bis 1928 von der Bartholomäus-Pfarrgemeinde errichtete Franziskus-Hospital, dessen Finanzlage immer sehr angespannt war, wurde vor dem Amtsgericht meistbietend versteigert und ging für sieben Zehntel des Wertes, etwa eine Million Mark, in den Besitz des Zentral-Karitasverbandes in Berlin über. Die meisten Verträge mit Aerzten und Angestellten waren schon längere Zeit gekündigt. Die in Frage kommenden Personen schieden zum 1. Februar aus.

Auto stürzt ab und verbrennt.

Drei Tote, ein Kind schwer verletzt.

Zwischen Dattenfeld (Sieg) und Hoppengarten ereignete sich ein Autounglück, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Lieferwagen der Firma Allgemeine Brennstoff-Handelsgesellschaft in Bonn stürzte — wahrscheinlich infolge eines Reifenschadens — eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau sowie ein fünfjähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und sperrte das Gelände um die Unglücksstelle ab, da man mit Brennstoffexplosionen rechnete.

Brandkatastrophe im Eichsfeld.

2 Pferde, 6 Rinder, 2 Schweine im Feuer umgekommen.

Die vollen Scheunen der Landwirte Heinrich Müller und Albert Hunold II sind, so wird aus Niederorschel (Eichsfeld) gemeldet, nachts niedergebrannt. Auch die zugehörigen Ställe und sonstigen Wirtschaftsgebäude sind vernichtet. Da das Feuer rasend schnell um sich griff, konnte das Vieh Müllers nicht mehr gerettet werden. Außer dem Kleinvieh sind zwei Pferde, sechs Kühe und zwei Schweine in den Flammen umgekommen. Das Vieh Hunolds konnte noch aus den Ställen geholt werden; aber die landwirtschaftlichen Maschinen, Wagen und Geräte sind auch auf seinem Anwesen verbrannt. Ein Feuerwehrmann erlitt einen Beinbruch. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Unversöhnliche Prozeßgegner.

Mißglückter Racheversuch.

Nach Beendigung eines seit langer Zeit zwischen den Familien B. und M. bestehenden Streites kam es in Wahlhausen bei Horn nach der Urteilsverkündung des Gerichts zuungunsten der B. zu einem aufregenden Vorfall. B. näherte sich in der Dunkelheit nach starkem Alkoholgenuß der Wohnung seines Feindes M. und drohte, diesen zu erschießen. Die Familie löschte das Licht in der Wohnung, und in diesem Augenblick schoß B. mit einem Jagdgewehr ins Zimmer, traf aber glücklicherweise niemand. Der Täter wurde durch einen Gendarmeriebeamten aus Horn verhaftet und in das Detmolder Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Der Oel- und Gasausbruch in Nienhagen.

Unaufhaltsame Kraft der Eruption.

Das Oel, das seit Freitag vormittag bei Nienhagen unter starkem Gasdruck in hoher Fontäne aus dem Bohrloch E 40 an die Oberfläche dringt, konnte, wie aus Celle berichtet wird, trotz angestrengter Arbeit der gesamten Belegschaft noch nicht eingefangen werden. Unter lautem Brausen, das kilometerweit zu hören ist, entweichen Oel und Gas hemmungslos der Sonde. Die Luft ist mit Gasgeruch und zerstäubtem Oel angefüllt. In weitem Umkreise ist die Umgebung mit einer zäher Oelschicht bedeckt, wodurch die Bergungsarbeit sehr erschwert wird. Bereits am ersten Nachmittag des Ausbruches ist der letzte Damm, mit dem man das Oel auffangen wollte, gebrochen. Die mitgerissenen Sand- und Gesteinsteilchen zerschliffen den Preßkopf des Bohrloches. Der schwere Metallkern wurde aus der oberen Luke des Bohrturms herausgeschleudert, so daß das Gas, das bisher nur seitlich entweichen konnte, nun in hoher Fontäne gen Himmel steigt. Am Sonnabendnachmittag nahm der Gasdruck ab, so daß man von neuem die Bergungsarbeiten beginnen konnte. Nach fast 24stündiger schwerer Arbeit gelang es endlich am Sonntag mit einem Holzpfropfen, der mit 60 Zentner Gestänge beschwert ist, die Sonde zu schließen. Wenn der Gasdruck nicht wieder zunehmen sollte, hofft man, endlich Herr des Ausbruches zu werden. Chemische Untersuchungen haben ergeben, daß das Gas von gleicher Zusammensetzung ist, wie das Gasgemenge bei schlagenden Wettern in Bergwerken.

Polizei im Kampf gegen Ruhestörer.

Schüsse in der Notwehr. — Ein Toter.

In der Nacht zum Montag mußten in Osnabrück Beamte der Schutzpolizei in der Goldstraße gegen Dirnen und Zuhälter einschreiten. Ihre Aufforderung zur Ruhe wurde durch die Drohung mit Gewalttätigkeiten beantwortet. In der Notwehr mußten die Beamten, als ihre Hieb- und Stichwaffen nicht zur Abwehr der Angreifer genügten, zur Schußwaffe greifen. Von einem der Schüsse wurde ein Alfons Taube in die Lunge getroffen; er wurde auf der Stelle getötet. Ein zweiter Beteiligter wurde durch einen Brustschuß lebensgefährlich verletzt. Die Beamten trugen Verletzungen am Kopf davon.

Einbruch in die Zuckerfabrik Dinklar.

1800 Mark gestohlen.

Einbrecher haben nachts in den Räumen der Zuckerfabrik Dinklar den Geldschrank aufgebrochen und aus ihm 1800 Mark entwendet. Die Feststellung des Diebstahls war dadurch sehr erschwert, da die Diebe die im Schrank befindlichen Eisenstäbe zersägt hatten, die sich dann beim Schließen des Schrankes so fest geklemmt hatten, daß der Schrank erst nach langer Mühe wieder geöffnet werden konnte. Man hat bereits eine Verhaftung vorgenommen, doch bleibt es zweifelhaft, ob die Person wirklich etwas mit dem Einbruch zu tun hat. Die Untersuchung, die fortgesetzt wird, liegt in den Händen der hannoverschen Kriminalpolizei, die einen Beamten hierher gesandt hat, der die Vernehmung und die Nachforschungen leitet.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 2. Februar.

Mißgeschick deutscher Bobfahrer.

Newyork. Nachdem erst vor einigen Tagen einer der beiden sich in Lake Placid zu den Olympischen Winterspielen befindenden deutschen Viererbobs mit Hauptmann Zahn am Steuer verunglückte, ist nunmehr auch der zweite Viererbob „Deutschland II" unter Führung des Berliners Grau bei einer Trainingsfahrt in der Schattenkurve gestürzt. Die Mannschaft wurde schwer verletzt.

Leichenfund in einem Moorgraben.

Emden. In einem Moorgraben in der Nähe der oldenburgisch-ostfriesischen Grenze bei Elisabethfehn wurde die Leiche der vermißten Frau Kohlstede aus Elisabethfehn gefunden. Nach dem Verschwinden der Frau richtete sich der Verdacht, seine Ehefrau umgebracht zu haben, gegen den Stellmacher Kohlstede, der ebenso wie ein Mieter seines Hauses in das Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg gebracht wurde. Seit der Festnahme des Kohlstede wurden täglich Durchsuchungen der Umgegend vorgenommen, die jetzt zu der Auffindung der Leiche der Frau führten.

Ausrufung der Mandschurischen Republik am 11. Februar.

Moskau. Wie aus Mukden gemeldet wird, wird am 11. Februar in Mukden die Mandschurische Republik feierlich ausgerufen werden. An der Feier werden Vertreter der vier mandschurischen Provinzregierungen und der Ostbahn teilnehmen. Von japanischer Seite wird eine Abordnung unter Führung des Generals Honjo anwesend sein. Die neue Regierung beabsichtigt, dem Völkerbund als Mitglied beizutreten.

„Russen"-Gajda hinter Schloß und Riegel.

Prag. Der frühere tschechische Generalstabschef Gajda, der mehrere Tage lang unauffindbar war und von dem es hieß, daß er sich auf dem Wege nach der Mandschurei befindet, wo er als Führer der Weißgardisten ausersehen sei, hat sich im Prager Strafgefängnis freiwillig gestellt. Während die Polizei Gajda fieberhaft suchte, hielt er sich in Königgrätz auf, wo er Versammlungen veranstaltete. Gajda wurde nach seiner Selbstgestellung in das Strafgefängnis in Pankrac geschafft, wo er zwei Monate schweren Kerkers abzusitzen hat.

Verhaftung eines Rechtsanwalts wegen Meineidsverdachts.

Berlin. Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Lange, der frühere Syndikus der Raiffeisenbank, ist auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht, im Uralzeff-Prozeß einen Meineid geleistet zu haben, verhaftet worden. Dr. Lange wurde nach Dresden übergeführt.

Radek darf einreisen.

Genf. Der Zwischenfall wegen der Einreiseverweigerung Radeks durch die schweizerischen Behörden ist nach längeren Verhandlungen beigelegt worden. Der Schweizer Bundesrat hat sich entschlossen, Radek die Einreise zu erlauben. Radek wird nunmehr als Vertreter der Moskauer „Isvestija" an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Vorkonferenz zur Balkankonferenz eröffnet.

Istanbul. Im früheren Palast Abdul Hamids, dem Yildizpalast, wurde die Vorkonferenz zur Balkankonferenz eröffnet. Die Minderheitenfrage wird auch auf der kommenden Balkankonferenz in Bukarest neue Schwierigkeiten auslösen. Der griechische Abgeordnete schlug u. a. eine Zollverständigung unter den Balkanvölkern vor.

46 Tote beim Aufstand in Ekuador.

Newyork. Wie aus Guayaquil in Ekuador gemeldet wird, ist es zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Provinz Carchi zu einem Kampf gekommen. Die Aufständischen hatten 41 und die Regierungstruppen fünf Tote zu verzeichnen. Außerdem blieben viele Verwundete auf dem Kampffelde. Der vorläufige Präsident Moreno hat vom Staatsrat Sondervollmachten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 2. Februar.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 14,53 bis 14,57; holl. Gulden 169,43—169,77; Danz. 82,02—82,18; franz. Franc 16,55—16,59; schweiz. 82,08—82,24; Belg. 58,71—58,83; Italien 21,06—21,10; schwed. Krone 81,42—81,58; dän. 80,12 bis 80,28; norweg 79,02—79,18; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,043—1,047; Spanien 34,29 bis 34,28.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Kranken- und Sterbekasse Halver.

Sonntag, d. 7. Febr. nachmittags 4½ Uhr **im Lokal Fasbender**

Jahres-Haupt-Versammlung

Tagesordnung:
Jahresbericht.
Kassenbericht.
Wahlen.
Leistungen u. Beiträge.
Verschiedenes.

Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, so ist auf 5 Uhr eine 2. Versammlung anberaumt die ohne Rücksicht auf die Anzahl d. Erschienenen beschlußfähig ist.

Freitag, d. 5. Febr., abends 8 Uhr

Vorstandssitzung

Der Vorstand.

Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Anschlag.

Bestellungen von
sämtl. Düngemitteln, Pflanzkartoffeln, Saathafer, Klee- u. Grassamen
werden bis zum 8. d. Mts. erbeten.

Akten-Mappen
aus Rindleder schwarz und braun,
Tornister
Schüler-Etuis
Brieftaschen
Damen-Taschen
Einkaufs-Beutel
Scheintaschen etc.
empfiehlt preiswert
Wilh. Bell jr. Halver

Oeffentl. Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für d. Gewerbesteuer nach d. Gewerbeertrag 1932.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben:
1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1931 den Betrag von 6000 RM übersteigen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererhöhung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks
Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unterhmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes anzusehen ist, z. B. für Reedereien und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts),
Muster Gew. 2 (für juristische Personen),
Muster Gew. 4 (als Einlage zum Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmung mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden) in der Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung werden den Gewerbetreibenden durch die Post zugesandt. Die Stenererklärung ist schriftlich, zweckmäßig eingeschrieben, einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden, auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Halver, den 3. Februar 1932.

Der Vorsitzende d. Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk der Gemeinden Halver und Schalksmühle.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am **16. Februar 1932,** 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Zimmer 57 die im Grundbuche von Halver Band 26 Blatt Nr. 414 (Eigentümer: der **Fabrikant Karl Bergmann in Haspe**) eingetragenen Grundstücke Flur 31 Nr. 694/61 bebauter Hofraum und Hausgarten Frankfurterstraße 57, 7 ar 95 qm groß, Nutzungswert 510 Mk., Flur 31 Nr. 544/61 Hofraum Frankfurterstraße, 7 ar 75 qm groß, versteigert werden.

Lüdenscheid, den 8. Dezember 1931.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A **Nr. 38** ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft **Joh's Stahl Nachf. in Schalksmühle** folgendes eingetragen:

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter **Friedrich Schriever in Schalksmühle** ist alleiniger Inhaber der Firma.

Lüdenscheid, den 28. Janaar 1932.

Das Amtsgericht.

ACHTUNG!!
Ehringhausen u. Oberbrügge!
Am Samstag, d. 6. Febr. 1932, abends 8,30 Uhr **im Saale Wilke**
Oeffentliche Volks-Versammlung
Pg. Berg. Hagen spricht über:
„1932, das Jahr der Entscheidung"
Unkostenbeitrag 30 ₰, Erwerbslose 10 ₰
N. S. D. A. P., Ortsgruppe Halver.

Inserieren bringt Gewinn!

Achtung Landwirte!
Männliche u. weibliche **Arbeitskräfte** für die Landwirtschaft vermittelt das
Arbeitsamt Lüdenscheid
Telefon 2666 und 2668.
Anmeldung v. offenen Stellen auch f. später, **schon jetzt** erbeten.

Futtermittel!
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Erdnußmehl
Sojaschrot
Palmkernschrot
Hammer Rapskuchen
Rapskuchenmehl
Sahna-Brockenfutter
Laktina
(bestes Kälberaufzuchtfutter)
Weizenkleie
Weizennachmehl
Steffenschnitzel
Melasseschnitzel
Geflügelfutter
(Deutsches Bundesfutter)
Mais
Gerste
Grobes Kochsalz
Viehsalz
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr 11 Rönsahl.

Bericht der Viehverkaufshalle A. G. Lehrte
vom Verkaufstage 2. Februar 1932.

Auftrieb: 2680 Stück Ferkel und 339 Stück Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):

4— 6 Wochen alt	bis Mark 6.—
6— 8 Wochen alt	Mark 7.— bis 9.—
8—12 Wochen alt	Mark 10.— bis 14.—

Läuferschweine:

3—4 Monate alt	Mark 15.— bis 20.—
4—6 Monate alt	bis Mark 34.—

Marktverlauf: Sehr langsam.

Westdeutscher Rundfunk.

Donnerstag, den 4. Februar.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Uebertragung von der Norag, Hamburg: Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
9,00—9,40 Uebertragung von der Deutschen Welle: Gemeinschaftsprogramm der deutschen Schulfunksender. Schulfunk. Aus dem Leben in Staat und Wirtschaft. Wie eine Landkarte entsteht. Mit dem Mikrophon der Reichsanstalt für Landesaufnahme.
10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,15—11,15 **Mensch und Welt.** Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20—12,00 Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Dr. Aschenbrenner: Fahrt in die Arktis.
12,00—12,50 Schallplattenkonzert.
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt.
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,10 Kinderstunde. Elsa Bordemberge: Geschichten von Kindern (2).
16,10—16,20 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,20—17,00 Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft. Werkunterricht und Arbeitsunterricht in ihrer Beziehung zueinander. Leitung: Bünger.
17,00—18,00 Vesperkonzert des Westfälischen Harfentrios. Karl Marstaller (Harfe), W. Röcker (Violine), F. R. Meyer (Cello).
18,20—18,40 Für den Landwirt. Dr. Zitzen: Markenbutter als Absatzerleichterung.
18,40—19,00 Italienisch. Universitätsprofessor Dr. Heinermann.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Der westdeutsche Wirtschaftsraum. Dr. Apelt: Die Lage der Textilindustrie im niederrheinischen Bezirk.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00—20,55 ab 20,25 auch über den Deutschlandsender Königswusterhausen. Tänze aus aller Welt. Das Kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Eysoldt.
21,00 **Das Konzert (7).**

Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Generalmusikdirektor Eugen Szenkar und Otto Julius Kühn; Solisten: Walter Braunfels (Klavier), Walter Schneiderhan (Violine).

Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend (etwa 22,30) bis 24,00 Tanzmusik aus dem Eden-Hotel, Berlin, Kapelle: Oskar Joost.